

lung von Teilen für den Airbus A380, das weltweit größte Passagierflugzeug. (XNA, 14.6.04)

Nach Einschätzung von Adam Brown, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung für Kundenbetreuung bei Airbus, wird sich der chinesische Luftfahrtmarkt bis zum Jahr 2022 hinter den USA zum zweitgrößten Markt entwickelt haben. Brown geht davon aus, dass die chinesischen Unternehmen in den kommenden 20 Jahren 1.316 Passagierflugzeuge zu einem Gesamtwert von rd. 140 Mrd. US\$ benötigen werden. Derzeit sind nach Angaben von Brown bereits rd. 150 Airbus-Flugzeuge vom Typ A320 in China im Einsatz. Für weitere 79 Flugzeuge liegt eine Bestellung vor, darunter acht Flugzeuge vom Typ A319. Auch im Frachtverkehr sieht Brown hohe Expansionschancen. (XNA, 15.7.04)

Neben der Kooperation mit ausländischen Unternehmen fördert die chinesische Regierung jedoch auch den Aufbau einer eigenen Luftfahrtindustrie. Hierbei handelt es sich um Entwicklung und Bau von Regionalflugzeugen mit einer Passagierzahl von 78 bis 98 Personen. (NZZ, 2.7.04)

Eine engere Zusammenarbeit gibt es auch schon seit längerer Zeit im Flugzeugwartungsbereich. Hier arbeiten die Deutsche Lufthansa AG mit Air China seit 1989 in einem chinesisch-deutschen Joint Venture, Ameco, zusammen. Nach längeren Verhandlungen wurde im Juli d.J. beschlossen, die Kooperation für weitere 25 Jahre fortzusetzen. Am Gemeinschaftsunternehmen ist die Lufthansa mit 40% und Air China mit 60% beteiligt. Das Unternehmen hat rd. 3.900 Beschäftigte und erzielt einen Umsatz von 150 Mio. US\$. (NfA, 2.7.04; HB, 2.8.04) -schü-

Herbst 2003 eingeleiteten geldpolitischen Bremsmanöver erst mit einer größeren Zeitverzögerung im Herbst oder Winter d.J. Wirkung zeigen werden.

Wirtschaftswachstum

Im 1. Halbjahr 2004 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 9,7% gegenüber der Vorjahresperiode. Damit lag die Wachstumsrate um 0,9% höher als in der Vergleichsperiode des Jahres 2003. Der Primärsektor erreichte ein Wachstum von 4,9%, die Wertschöpfung im Sekundärsektor (Industrie und Bauwirtschaft) stieg um 11,5% und im Tertiärsektor um 8%.

Mitte Juli veröffentlichte das Statistikamt revidierte Werte für das Wachstum im 2. Quartal des Jahres 2003, die höher ausfielen, als im Frühjahr 2004 veröffentlicht. Statt der ursprünglich angegebenen 6,7% soll das Wachstum bei 7,9% gelegen haben. Für das 1. Halbjahr 2003 wurde die Wachstumsrate von ursprünglich 8,2% auf 8,8% angehoben. Als Grund für die Überarbeitung der Angaben zum BIP-Wachstum des Jahres 2003 verwies das Statistikamt auf Veränderungen in der Entwicklung des Dienstleistungssektors. So sei die erste Schätzung von einer relativ starken Beeinträchtigung des Wachstums im Dienstleistungssektor durch SARS ausgegangen. Tatsächlich sei statt des angenommenen Einbruchs des Dienstleistungssektors um 14,8% die Wachstumsrate nur um 6,8% zurückgegangen.

Dass die BIP-Wachstumsrate im 2. Quartal 2004 niedriger als im 1. Quartal 2004 ausfiel, interpretiert die Regierung als Erfolg ihrer konjunkturellen Abbremsmanöver. Verglichen mit der Wachstumsrate im 1. Quartal in Höhe von 9,8% lag das BIP-Wachstum im 2. Quartal mit 9,6% allerdings nur geringfügig niedriger. Viele Ökonomen hatten angenommen, dass das Wachstum bei 10 bis 11% im 2. Quartal 2004 liegen könnte, und zwar aufgrund des ursprünglich relativ niedrigen Wachstums der Vorjahresperiode.

Industrieentwicklung

Die industrielle Wertschöpfung stieg im 1. Halbjahr um 11,9% auf einen Wert von 2.982,2 Mrd. RMBY. Unternehmen mit einem Umsatzvolumen von mehr als 5 Mio. RMBY, auf die

eine Wertschöpfung von 2.468,2 Mrd. RMBY entfiel, wiesen eine Wachstumsrate von 17,7% auf, 1,5 Prozentpunkte mehr als in der Vergleichsperiode des 1. Halbjahres 2003. Während das Wachstum der Schwerindustrie bei 19,7% lag, nahm die Wertschöpfung der Leichtindustrie um 15,6% zu.

Bezogen auf die Produktion wichtiger Produkte nahm der Output von Stahl und Walzstahl um 21,1% und 23,2% zu. Im Vergleich zum 1. Quartal 2004 lag die Wachstumsrate um 5,3 und 6,3 Prozentpunkte niedriger. Der Output von Kohle erhöhte sich um 14,9% und von Elektrizität um 15,8%.

Investitionen

Die Anlageinvestitionen wiesen im 1. Halbjahr ein Volumen von 2.608,2 RMBY und ein Wachstum um 28,6% gegenüber der Vergleichsperiode auf. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2003 und zum 1. Quartal 2004 lag das Wachstum um 2,5 bzw. um 14,4 Prozentpunkte niedriger. In den Städten betrug das Volumen der Anlageinvestitionen 2.184,4 Mrd. RMBY und stieg um 31%, allerdings waren dies 16,8 Prozentpunkte weniger als im 1. Quartal 2004. Auch die Investitionen in Immobilien fielen deutlich zurück. Das Volumen der Investitionen lag bei 492,4 Mrd. RMBY, der Anstieg betrug 28,7% (12,4 Prozentpunkte weniger).

Einzelhandels- und Preisentwicklung

Der Einzelhandelsumsatz an Konsumgütern nahm im 1. Halbjahr 2004 um nominal 12,8% und real um 10,2% zu und erreichte einen Wert von 2.524,9 Mrd. RMBY. Ein besonders hohes Wachstum erreichte der Umsatz bei einigen Produkten, insbesondere von Telekommunikationsausrüstungen (+52,3%), von Erdöl und Erdölprodukten (+44,3%), von Fahrzeugen (+43,7%), von Haushaltselektronik sowie Audio- und Videoausrüstungen (+18,1%), von Sportartikeln (+21,5%) und Möbeln (+20,6%).

Der Verbraucherpreisindex stieg im 1. Halbjahr 2004 um 3,6% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Während die Preise in den ländlichen Gebieten um 4,6% zunahmen, lag der Preisanstieg in den Städten bei 3%. Die stärkste Preissteigerung erfolgte bei Nahrungsmitteln (9,5%) sowie bei Wohnungskosten (3,7%). Die Prei-

Binnenwirtschaft

21 Konjunktorentwicklung im 1. Halbjahr 2004

Chinas konjunkturelle Entwicklung ist auch im 1. Halbjahr 2004 durch ein extrem hohes Wirtschaftswachstum von fast 10% gekennzeichnet. Es muss damit gerechnet werden, dass die seit

se anderer Produkte und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs stiegen dagegen nur wenig, u.a. von medizinischen Produkten und Produkten der Gesundheitspflege (0,3%) sowie von Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Erholung und Kultur (0,9%). Die Preise von Bekleidung, Haushaltsgeräten sowie von Transport und Kommunikation sanken sogar, und zwar um 1,4%, 1,6% und 1,7%. Der Preisanstieg im Einzelhandel lag im 1. Halbjahr bei 2,4%, bei Industrieprodukten ab Fabrik bei 4,7% und bei Rohmaterialien und Brennstoffen bei 9,8%. (National Bureau of Statistics, *National Economic Performance is Good in the First Half of 2004*, <http://www.stats.gov.cn/english/>; XNA, 16.7., 19.7.04)

Vor allem in den letzten Monaten erhöhten sich die Preise schnell. Im Juni 2004 lag die Zunahme der Produktionskosten bei 6,4% im Vergleich zur Vorjahresperiode und die Verbraucherpreise stiegen um 5%. (AWSJ, 26.7.04)

In der offiziellen Interpretation der Konjunkturentwicklung im 1. Halbjahr bzw. im 2. Quartal 2004 wird nach wie vor nicht von einer überhitzten Wirtschaft gesprochen, sondern nur von einzelnen Branchen, die Überhitzungstendenzen aufwiesen. Insgesamt, so der Sprecher des Statistikamtes, hätten durch die gesamtwirtschaftlichen Regulierungsmaßnahmen der Regierung gute Ergebnisse erzielt werden können. Unsicherheiten und ungesunde Faktoren der Wirtschaftsentwicklung seien anfänglich unter Kontrolle gebracht worden und die Wirtschaft entwickle sich in der gewünschten Weise, die von der gesamtwirtschaftlichen Regulierung vorgegeben worden sei: „In the first half of this year, the macro-regulatory measures adopted by Chinese government achieved significant results. National economy kept stable and fast growth with further improved economic efficiency, rapid growth in foreign trade and notable rise in the residents' income. The uncertainties and unhealthy factors existing in economic performance have been put initially under control. The overall economy is moving toward the expected direction of macro regulation.“ (National Bureau of Statistics, *National Economic Performance*

is Good in the First Half of 2004, <http://www.stats.gov.cn/english>)

Das Abflachen des Wachstums steht in direktem Zusammenhang mit der Beschränkung der Kreditvergabe durch die staatseigenen Banken. Nach Angaben der Zentralbank betrug das Wachstum der Kreditmenge im Mai 19% und sank im Juni auf 16,7%. Auch die Geldmenge M2 wies abnehmende Wachstumsraten auf, und zwar 17,5% im Mai und 16,2% im Juni. Obwohl die Banken angewiesen sind, die Kredite gegenüber den überhitzten Branchen zu verknappen, gibt es Anzeichen dafür, dass auch Unternehmen in anderen Industriezweigen davon betroffen sind. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sollen Probleme haben, Umlaufkredite und Kredite für die Expansion ihrer Geschäfte zu erhalten und müssten sich verstärkt an illegale Kreditanbieter wenden. (AWSJ, 13.7.04)

Administrative Eingriffe zur Eindämmung der überhitzten Konjunktur sollten vor allem die Ausweitung der Anlageinvestitionen in der Stahl-, Aluminium-, Zement- und Bauindustrie sowie in einem bestimmten Maße auch in der Kfz-Industrie bremsen. Investitionen in solche Projekte wurden einerseits beschränkt durch die Ablehnung von Anträgen auf Grundstücksbebauung. Andererseits wurde der Umfang des Kapitals erhöht, das Unternehmen als Sicherheit für den Bau von Bürogebäuden oder Fabriken hinterlegen müssen. Obwohl hierdurch durchaus wirkungsvoll das Wachstum der Anlageinvestitionen begrenzt wurde, gibt es auch Kritik an den Abbremsmaßnahmen. Einem Bericht der *Financial Times* vom 24./25.7.04 nach bemängeln viele Banker, Unternehmen und lokale Regierungsvertreter, dass eine große Zahl von Projekten überhaupt keine Finanzmittel mehr erhalten habe. -schü-

22 Unterschiedliche Bewertung der konjunkturpolitischen Abbremsmanöver

In den Kommentaren der ausländischen Medien wird die Konjunkturpolitik sehr unterschiedlich bewertet. Während ein Teil der Beobachter die Maßnahmen als durchaus erfolgreich bewertet und optimistisch von einer

„weichen Landung“ der überhitzten Wirtschaft ausgeht, kritisiert ein anderer Teil die Art der staatlichen Eingriffe und befürchtet negative Auswirkungen auf nicht überhitzte Wirtschaftsbereiche.

Für die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) nahm Tadao Chino, Präsident der ADB, Anfang Juli d.J. Stellung zur konjunkturellen Entwicklung. Tadao Chino erwartet, dass China aufgrund der Beschränkung der Kreditvergabe in den kommenden zwei bis drei Jahren eine „weiche Landung“ erreichen wird. Positiv hebt Tadao Chino hervor, dass die Regierung gleichzeitig versuche, die strukturellen Probleme zu lösen. So seien Projekte zur Finanzierung der Kohle- und Elektrizitätsproduktion, Bewässerungsprojekte und Projekte im Bildungssektor nicht von der Kreditbeschränkung betroffen. (AWSJ, 9.7.04)

Frank Gong von der Investmentbank JP Morgan, zuständig für das China-Geschäft, erwartet eine „weiche Landung“, nachdem die Regierung durch eine Beschränkung der Kreditausweitung es geschafft habe, das zu hohe Investitionswachstum zu bremsen. Obwohl die Gefahr einer „harten Landung“ noch nicht völlig ausgeschlossen werden könne, deuteten die meisten Zeichen der letzten Wochen darauf hin, dass eine schrittweise Reduzierung des Wachstums möglich sei. Allerdings befürchtet Gong eine Ausweitung der Inflation, die die Regierung zu einer Anhebung der Kreditzinsen zwingen könnte. Für das gesamte Jahr 2004 erwartet Gong ein Wirtschaftswachstum von mindestens 7-8%. (SCMP, 1.7.04)

Die Kritik einiger Beobachter richtet sich vor allem gegen die administrativen Eingriffe, um das Wachstum der Bankkredite zu bremsen. Anstatt nur die Kreditvergabe an überhitzte Industriezweige zu beschränken, würden die Banken die Kreditvergabe insgesamt stoppen. Dies würde zu einer Kreditrationierung auf breiter Ebene führen und sogar Fluggesellschaften dazu zwingen, Aufträge über den Kauf von Flugzeugen zu stornieren. In einer Marktwirtschaft würde über die Höhe der Kreditzinsen Einfluss auf Investitionsentscheidungen genommen. Die chinesische Regierung müsse dagegen immer noch den Banken vorschreiben,

an welche Unternehmen sie Kredite mehr vergeben dürften, wenn sie eine Überhitzung eindämmen wolle. (IHT, 28.7.04)

Gegen eine Erhöhung der Kreditzinsen wenden einige Ökonomen ein, dass hierdurch weitere Anreize für den Zufluss von Auslandskapital nach China gesetzt würden. Die Folge höherer Kapitalzuflüsse sei eine Zunahme der Devisenreserven, die zu einer monetären Expansion führe. Die Geldpolitik stelle damit kein effektives Instrument in einem Land mit festen Wechselkursrelationen dar. (FT, 7.7.04)

Xia Bin, Leiter des Financial Research Institute, das dem Entwicklungsforschungsinstitut des Staatsrats (State Council's Development Research Center bzw. DRC) zugeordnet ist, kritisiert ebenfalls, dass durch die Kreditbeschränkung auch kreditwürdige Unternehmen betroffen sind, und befürchtet das Risiko einer „harten Landung“ der Konjunkturentwicklung. Obwohl eine Abbremsung der Investitionen erforderlich sei, beurteilt Xia das von der Zentralbank vorgegebene Kreditmengenwachstum von 17% als zu niedrig. Selbst tragfähige Investitionsprojekte könnten durch die Kreditmengenbeschränkung in Gefahr geraten. Außerdem werde sich hierdurch das Problem uneinbringlicher Kredite für die Banken verschärfen. (FT, 2.7.04)

Einem Kommentar in der *International Herald Tribune* vom 7.7.04 zufolge wird die Kreditbeschränkung regional sehr unterschiedliche Auswirkungen haben. So würden vor allem Kreditnehmer in Regionen wie Nordostchina und Shanghai betroffen sein, die in besonderem Maße von Krediten staatseigener Banken abhängen würden. Unternehmen in Südostchina dagegen finanzierten sich stärker über Kredite aus Hongkong und aus dem Ausland und seien durch die Kreditbeschränkung weniger beeinträchtigt.

Ende Juli d.J. kündigte Wang Yiming, Vertreter der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua an, dass kurzfristig keine weiteren Maßnahmen zur Abkühlung der Wirtschaft vorgesehen sind. Es sei nicht ratsam, neue, noch stärkere Restriktionen umzusetzen, da die bisherigen bereits Erfolg zeigten.

Wang geht davon aus, dass sich die Abkühlung in den überhitzten Branchen wie Stahl und Zement in der zweiten Jahreshälfte verstärken werde. (*The Straits Times*, Interactive, 20.7.04) -schü-

23 BOC und CCB bereiten sich auf Börsengang vor

In Vorbereitung auf die Börsennotierung hat die Bank of China (BOC) zusammen mit der China Construction Bank (CCB) in den letzten Monaten verstärkt Maßnahmen zur Reduzierung der uneinbringlichen Kredite und Erhöhung der Eigenkapitalbasis umgesetzt. Die rechtliche Restrukturierung der ersten zwei der großen vier staatseigenen Banken in Aktiengesellschaften soll bis Herbst 2004 abgeschlossen sein. Dann ist der Gang an die Börse für beide Banken vorgesehen.

Bereits im Dezember 2003 hatten die CCB und die BOC von der Zentralregierung zur Rekapitalisierung jeweils eine Kapitalspritze von 22,5 Mrd. US\$ erhalten. Die China Cinda Asset Management Company, eine der vier Aufwangesellschaften für uneinbringliche Kredite, hatte im Juni angekündigt, 280 Mrd. RMBY (33,8 Mrd. US\$) von der BOC und der CCB anzukaufen. (FT, 2.7.04) Ende Juni 2004 begann die BOC außerdem damit, Anleihen mit einem Volumen von rd. 10 Mrd. RMBY (1,2 Mrd. US\$) zu emittieren, um ihre Eigenkapitalbasis weiter zu verbessern. Auch die CCB wird Anleihen begeben. (XNA, 30.6.04)

Die Quote der uneinbringlichen Kredite der BOC sank als Folge der verschiedenen Maßnahmen von 15,29% Ende Dezember 2003 auf 5,46% bzw. 115 Mrd. RMBY Ende Juni 2004. Aus Sicht der Bank wird die größte Herausforderung sein, diese Quote stabil zu halten und nicht wieder neue faule Kredite entstehen zu lassen. (*The Straits Times*, Interactive, 17.7.04)

Der operative Gewinn der Bank erhöhte sich in den ersten sechs Monaten um 16% auf 32,9 Mrd. RMBY (4 Mrd. US\$). Die Eigenkapitalquote der BOC lag bei 7,89% und erreichte damit fast den internationalen Standard von 8%. Nach Verkauf der Anleihen wird erwartet, dass sich die Eigenka-

pitalquote der BOC weiter verbessern wird.

Auch die CCB konnte die Quote ihrer uneinbringlichen Kredite drastisch reduzieren. Im 1. Quartal lag diese Quote noch bei 5,69% und sank bis Ende Juni 2004 auf 3,08%. (*The Straits Times*, Interactive, 17.7.04)

Als weitere Maßnahme vor der Börsennotierung wird der Verkauf von Anteilen an ausländische Banken diskutiert. In den kommenden Wochen will die BOC ihrem Pressesprecher zufolge entsprechende Kandidaten der chinesischen Regierung vorstellen. (IHT, 19.7.04) Nach Angaben von Zhu Xinqiang, geschäftsführender Assistent des BOC-Präsidenten, will die BOC fünf bis sechs strategische Investoren auswählen. (FT, 2.7.04) Da die maximale ausländische Beteiligung an einer Bank bei 20% liegen darf, wird wohl auf jeden Investor nur ein relativ geringer Anteil entfallen.

Beide Banken wollen außerdem Aktien an ausländischen Börsen begeben. Die BOC wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres an eine ausländische Börse gehen und hofft, hierdurch rd. 4 Mrd. US\$ Kapital aufzunehmen. (FT, 15.7.04)

Die Transformation der staatseigenen Banken in rechtlich unabhängige, nur kommerziellen Kriterien verpflichtete Wirtschaftsunternehmen ist nach Einschätzung von Beobachtern ein schwieriger Prozess. Hierzu zählt die Neudefinition ihrer Beziehungen zu den Lokalregierungen und den Staatsunternehmen. So waren die lokalen Bankniederlassungen nach einem Beitrag im *Asian Wall Street Journal* vom 9.7.04 dem starken Einfluss der Lokalregierungen ausgesetzt, die oftmals ihre Gehälter bestimmten, von den Banken Kredite fordern konnten und sogar eine Rolle bei der Frage spielten, welche Schule die Kinder von Bankangestellten besuchen durften. Unter diesen Rahmenbedingungen hatten die Banken mögliche Risiken bei der Kreditvergabe an Kreditnehmer ignoriert, die von der Lokalregierung oder der lokalen Organisation der KPCh empfohlen worden waren. Inzwischen hat sich die Situation geändert, da die Lokalregierungen nicht mehr die lokalen Bankleiter bestimmen oder Kredite garantieren dürfen. Auch die Beziehung zu den Staats-

unternehmen ist im Wandel begriffen. In der Vergangenheit waren die Bankmanager in die Staatsunternehmen zitiert worden, dort erhielten sie die Information über die Höhe der benötigten Kredite und es wurde erwartet, dass sie diese Kredite ohne Diskussion an die Staatsunternehmen vergeben. Heute verwehren die Banken den Staatsunternehmen auch dann Kredite, wenn diese auf die negativen sozialen Auswirkungen verweisen, wenn sie keine Kredite mehr erhalten sollten.

Die Rahmenbedingungen für die Kommerzialisierung der Banken wurden durch die Bestimmungen der China Banking Regulatory Commission (CBRC), Chinas Bankenaufsichtsbehörde, in den letzten Monaten neu definiert. So veröffentlichte die CBRC Bestimmungen zur Eigenkapitalanforderung für die Banken, die zum 1. März 2004 in Kraft getreten sind. Ziel der Geschäftsbanken muss sein, bis 1. Januar 2007 eine Eigenkapitalquote von 8% zu erreichen. Für die Übergangsphase muss jede Bank einen Plan vorlegen, wie sie dieses Ziel realisieren will. Hierbei müssen die Banken die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung der Rücklagen für Kreditausfälle berechnen und für bestimmte Kreditgeschäfte die Risiken höher bewerten. So sollen die Risiken der Kredite an große und sehr große Staatsunternehmen sowie von Krediten für Projekte der Lokalregierungen neu gewichtet werden, um die Verzerrung zugunsten des Staatssektors abzubauen. Weiterhin sehen die Bestimmungen der CBRC vor, dass die Bankvorstände für die Eigenkapitalquote verantwortlich sind und über ihre Entwicklung vierteljährlich an die CBRC berichten müssen. (FT, 8.7.04) -schü-

24 Rationierung von Elektrizität verschärft sich

Obwohl der Elektrizitätsoutput im 1. Halbjahr um rd. 16% zunahm, übersteigt die Nachfrage weiterhin das Angebot. Stromrationierung mit Stromabschaltungen für Betriebe und private Haushalte sind die Folge. Zwischen Januar und Juni musste nach Angaben der State Power Grid Company (SPGC) landesweit rd. 757.000 mal der Strom abgeschaltet werden.

Nach Einschätzung von Zhao Xizheng, Generalmanager des SPGC, sieht sich China der schwersten Energieknappheit seit Sommer 1980 gegenüber. Der Nachfrageüberhang liege derzeit bei rd. 30 Mio. Kilowatt.

In Beijing kam es am 21. Juli erstmals in diesem Jahr zu einer Stromabschaltung, die 47 Minuten dauerte. Betroffen waren von der Stromabschaltung einige Vororte Beijings. Ziel war das Einsparen von 70.000 Kilowatt Elektrizität, da drei Generatoren des nördlichen Elektrizitätsnetzes, das Beijing, Tianjin und Hebei abdeckt, ausgefallen waren. Hierdurch fiel die Stromerzeugungskapazität der Stadt auf 700.000 Kilowatt zurück.

Um Strom zu sparen, mussten 6.389 Unternehmen in Beijing in der Zeit vom 15.7. bis 15.8.2004 ihren Betrieb einstellen. Nur Fabriken, die zur Leichtindustrie zählen und in denen nicht 24 Stunden am Tag gearbeitet wird, wurden ausgewählt. Die ausgewählten Unternehmen wurden je nach ihrem Standort in Beijing in vier Gruppen eingeteilt, die jeweils eine Woche Betriebsstopp hatten und ihre Beschäftigten in Urlaub schicken mussten. Das Beijinger Amt für Arbeit und Soziales kündigte an, die Frage der Einkommen und sonstigen Leistungen für die Beschäftigten noch klären zu wollen.

Weiterhin wurden Unternehmen aufgefordert, die Wochenenden als Betriebszeit zu nutzen und dafür nicht an allen Wochentagen zu arbeiten. (XNA, 6., 18., 22.7.04) Diskutiert wird auch die Idee, die internationalen Hotels in Beijing aufzufordern, 20% ihres Energiekonsums einzusparen. (AWSJ, 30.6.04)

Auch in Shanghai sind viele Unternehmen von Stromabschaltungen betroffen. Selbst VW und General Motors in Shanghai und das japanische Elektronikunternehmen Sony wurden aufgefordert, ihre Produktion für eine Woche einzustellen. Bereits 2.100 Unternehmen in Shanghai müssen während der Nacht ihren Betrieb durchführen, weitere 3.000 Unternehmen müssen zwischen Nacht- und Tagschicht wechseln. (*The Straits Times*, Interactive, 24.7.04)

Nach Einschätzung des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft in

Shanghai sind ein Drittel der 600 im Großraum Shanghai ansässigen Unternehmen von Stromabschaltungen betroffen und werden Outputeinbußen hinnehmen müssen. VW beispielsweise wird rd. 1.200 Einheiten weniger herstellen können. (HB, 26.7.04) Als Lösung werden inzwischen eigene Dieselmotoren eingesetzt, die von der lokalen Stromversorgung unabhängig machen. (FAZ, 25.7.04)

Weiterhin hat die Stadt Shanghai die Beleuchtung touristischer Sehenswürdigkeiten bei Nacht ausgesetzt. Auch die Schmuckbeleuchtung am Bund, Shanghais Prachtstraße am Huangpu, muss bei einer Temperatur von über 35 Grad abgestellt werden. (*The Straits Times*, Interactive, 8.7.04)

Eine ähnliche Situation herrscht in der Provinz Zhejiang vor. So wurden beispielsweise die Unternehmen Hangzhou Iron Steel und das Zementunternehmen Anhui Conch sowie andere große energieintensive Unternehmen gebeten, ihre Produktion für einen Zeitraum von 15 Tagen einzustellen. Nach Einschätzung von Hu Xiaozheng vom China Electricity Council ist Zhejiang am stärksten von der Energieknappheit betroffen. In Zhejiang gebe es einen Nachfrageüberhang von 30%, der voraussichtlich nur in einem Zeitraum von drei Jahren befriedigt werden kann. (IHT, 26.4.04)

Dass Knappheiten bei der Elektrizitätserzeugung bestehen, wird vor allem auf die unzureichende Genehmigung von Kraftwerken nach dem Ausbruch der Asienkrise zurückgeführt. Als unter dem Einfluss der Asienkrise das Wachstum auch in China auf rd. 7% zurückging, gab es einen Überhang an Energie, der keine Veranlassung zu einer schnellen Expansion der Elektrizitätserzeugung gab. Obwohl mit dem Bau neuer Kraftwerke begonnen wurde, kann erst ab 2006 mit einer tatsächlichen Entspannung beim Elektrizitätsangebot gerechnet werden. (*The Straits Times*, Interactive, 26.7.04)

Zu den geplanten Kraftwerken zählen auch neue Atomkraftwerke. Mitte Juli d.J. genehmigte der Staatsrat den Bau von zwei Atomkraftwerken, und zwar handelt es sich dabei um die zweite Phase des Ling'ao-Atomkraftwerkes in der Provinz Guangdong und der ersten Phase des Atomkraftwerkes Sanmen in der Provinz Zhejiang. Bisher

existieren elf Atomkraftwerke, die bereits am Netz bzw. im Bau befindlich sind. Ihr Anteil an der Elektrizitätserzeugung beträgt 1,4% und soll bis zum Jahr 2020 auf 4% erhöht werden. (XNA, 21.7.04; AWSJ, 21.7.04) -schü-

bzw. 2008 erhofft worden war, bis auf Weiteres aufzuschieben (zu dieser politisch wie juristisch höchst umstrittenen Entscheidung vgl. C.a., 2004/4, Ü 26; 2004/5, Ü 29, sowie den ausführlichen Beitrag von Björn Ahl im hinteren Teil dieses Heftes). Dieser Eingriff der chinesischen Führung, der die weitere Demokratisierung des politischen Systems Hongkongs mit zahlreichen Fragezeichen versehen hat, wurde in diesem Jahr zum Gegenstand heftiger Kritik. Waren die politischen Forderungen des Vorjahrs noch stark von Sorgen um die sozioökonomische Situation der SVR durchmischt, so scheinen die Massenproteste in diesem Jahr bei der großen Mehrzahl der Demonstranten von einem genuinen Wunsch nach Demokratisierung des politischen Systems getragen worden zu sein. Entsprechend lautstark traten bei der von demokratischen Aktivistengruppen angeführten, mehrere Kilometer langen Parade durch das Zentrum Hongkongs Parolen wie „Gebt die Macht dem Volk zurück!“ oder „Schluss mit der Einparteiendiktatur!“ in den Vordergrund. Unentschieden war dabei, ob sich die Proteste stärker gegen die Regierung der SVR oder gegen die Zentralregierung in Beijing richteten. Im Unterschied zum Vorjahr, als viele Demonstranten schwarz gekleidet erschienen, um ihrer Trauer und Empörung über die aussichtslose ökonomische und politische Lage in Hongkong Ausdruck zu geben, hatten die Organisatoren der Proteste diesmal weiße Kleidung empfohlen, um damit Hoffnung auf eine „hellere“ politische Zukunft in der SVR zu signalisieren (und vielleicht auch, um die glühende Hitze in den Straßen des Stadtzentrums erträglicher zu machen).

SVR Hongkong

25 „Gebt die Macht dem Volk zurück!“ – Neuerliche Massenproteste zum 1. Juli

Von vielen Akteuren mit großer Spannung erwartet, war der 1. Juli, der siebte Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an die VR China, zum zweiten Mal in Folge Anlass für Massenproteste in der Sonderverwaltungsregion.

Im Vorjahr waren die Hongkonger Regierung ebenso wie die chinesische Zentralregierung in Beijing von einem Protestmarsch von über einer halben Million Menschen überrascht worden, nachdem Hongkonger Meinungsforschungsinstitute eine Beteiligung von 30.000 bis 50.000 Demonstranten vorausgesagt hatten. Damals wurden eine schwere wirtschaftliche Depression sowie die Pläne der Regierung zur Einführung einer Antisubversionsgesetzgebung gemäß Artikel 23 des *Basic Law* für die enorme Protestbereitschaft der Hongkonger Bevölkerung verantwortlich gemacht (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29). Beide Faktoren spielten in diesem Jahr keine Rolle mehr – die Hongkonger Wirtschaft hat sich nicht zuletzt dank kräftiger Touristenströme und umfänglicher Investitionen aus dem Festland erholt, und die Entwürfe für ein Antisubversionsgesetz wurden von der Regierung angesichts des großen Drucks der Straße vorläufig zurückgenommen.

An ihre Stelle war diesmal ein neuer Faktor als auslösendes Moment für die Massenproteste getreten, nämlich die in Gestalt einer Auslegung des *Basic Law* vorgenommene Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses vom April d.J., allgemeine und direkte Wahlen zum Regierungschef und zum Parlament der SVR, die vom demokratischen Lager bereits für die Jahre 2007

Im Dunkeln dürfte allerdings bleiben, wie viele Menschen sich in den Nachmittagsstunden des 1. Juli tatsächlich an dem Protestmarsch beteiligt haben. Noch nie war die Schwankungsbreite der Schätzungen zur Beteiligung an Demonstrationen in Hongkong so hoch wie bei diesem Ereignis. Im Vorfeld des 1. Juli hatten sich die Prognosen verschiedener Think Tanks, akademischer Forschungsinstitute und der Polizei bei einer Zahl von rund 300.000 Teilnehmern eingependelt. In der öffentlichen Meinung hatte sich dementsprechend eine allgemeine

Zahlenpsychologie breitgemacht, wonach die Regierung im Fall einer Beteiligung von nur 100.000 „den Göttern danken“ und auch noch bei 200.000 Teilnehmern als „Gewinner“ betrachtet werden sollte. Bei einer Zahl zwischen 200.000 und 300.000 würde die Öffentlichkeit von einer „Patt“-Situation ausgehen, während eine Beteiligung von mehr als 300.000 Menschen einen „Sieg“ des demokratischen Lagers signalisieren würde. Ein Überschreiten der magischen Marke von 500.000, die durch die Proteste des Vorjahrs gesetzt worden war, schien nur in den heimlichen Träumen demokratischer Aktivisten denkbar.

Die Schätzungen der faktischen Beteiligung an dem Protestmarsch durch verschiedene Beteiligte und Beobachter spiegelte diese Zahlenpsychologie getreulich wider: Je nach politischem Standpunkt kamen sie zu äußerst unterschiedlichen Ergebnissen. So platzierte ein Vertreter des regierungsnahen Social Sciences Research Centre der Hong Kong University die Zahl der Protestierenden innerhalb einer Marge zwischen 105.000 und 120.000, „am wahrscheinlichsten 120.000“; die Beijing-freundliche Zeitung *Ta Kung Pao* bezifferte die Protestbeteiligung mit 160.000; Statistiker und Meinungsforscher der Chinese University of Hong Kong kamen auf eine Zahl zwischen 180.000 und 210.000 und stimmten damit mit den Angaben der Hongkonger Polizei überein, die bei 200.000 lag; mit 530.000 deutlich höher fiel schließlich die Schätzung der prodemokratischen Aktivistengruppe Civil Human Rights Front (CHRF) aus, die die Protestaktion maßgeblich organisiert hatte. Eine ähnlich hohe Beteiligung wurde etwa auch von Michael DeGolyer beobachtet, dem langjährigen „Hong Kong watcher“ und Direktor des Hong Kong Transition Project, der mindestens 450.000 Teilnehmern errechnete. Für eine relativ hohe Beteiligung könnte die Tatsache sprechen, dass der Protestmarsch angesichts einer bereits prognostizierten hohen Teilnehmerzahl sowohl von Seiten der Organisatoren als auch der Hongkonger Polizei sehr gut vorbereitet worden war. Anders als im Vorjahr, als durch das unerwartete Gedränge zahlreiche Staus und Verzögerungen entstanden waren, war der „Durchfluss“ an Demonstranten vom